

Verordnung

betreffend anderweitige Regelung der Passpflicht. Vom 21. Juni 1916.
Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.

verordnen auf Grund des Gesetzes über das Passwesen vom 12. Oktober 1867 (Bundes-Gesetzblatt S. 33) im Namen des Reichs für das Reichsgebiet, mit Ausnahme Elsaß-Lothringens, was folgt:

§ 1. Wer das Reichsgebiet verläßt oder wer aus dem Auslande in das Reichsgebiet eintritt, ist verpflichtet, sich durch einen Paß über seine Person auszuweisen.

Der Paß bedarf vor dem jedesmaligen Grenzübergang des Sichtvermerkes der zuständigen deutschen Behörde.

§ 2. Jeder Ausländer, der sich im Reichsgebiet aufhält, ist verpflichtet, sich durch einen Paß über seine Person auszuweisen.

§ 3. Für besondere Fälle kann der Reichskanzler auch andere amtliche Papiere (Paserias) als genügenden Ausweis für den Grenzübergang (§ 1 Abs. 1) oder den Aufenthalt im Reichsgebiet (§ 2) allgemein zulassen oder Befreiung von dem Erfordernisse des Sichtvermerkes (§ 1 Abs. 2) allgemein gewähren.

§ 4. Für Grenzgebiete, insbesondere für den kleinen Grenzverkehr, sowie zum Verkehr auf bestimmten Wasserstraßen, können die Militärbehörden (Befehlshaber, stellvertretenden General-Kommandos, Marine-Stationen-Kommandos) nach Vernehmen mit den zuständigen Landesbehörden gewissen Arten von Personen den Grenzübergang mit anderen Ausweisen als Pässen gestatten oder Befreiung von dem Erfordernisse des Sichtvermerkes gewähren.

§ 5. Im Einzelfalle können der stellvertretende Generalkommandant der Armee und der Kommandant der Marine, sowie die für den Grenzübergang zuständigen Militärbehörden Ausnahmen von den Vorschriften des § 1 zulassen.

§ 6. Der Reichskanzler erläßt die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Anordnungen, insbesondere über Form und Inhalt der Pässe und des Sichtvermerkes, über die Voraussetzungen für die Ausstellung der Pässe und des Sichtvermerkes, sowie über das bei der Ausstellung des Sichtvermerkes zu beobachtende Versehen; er bestimmt, inwieweit von dem Erfordernisse des jedesmaligen Sichtvermerkes (§ 1 Abs. 2) Befreiung gewährt werden kann.

Soweit der Reichskanzler Ausführungsanordnungen nicht erläßt, können solche Anordnungen von den Landeszentralbehörden erlassen werden.

§ 7. Die Vorschriften dieser Verordnung gelten für den Grenzübergang von und nach den besetzten Gebieten, die an das Reichsgebiet angrenzen, nur insoweit, als nicht besondere Anordnungen der zuständigen Militärbehörden bestehen.

§ 8. Diese Verordnung (Passordnung) tritt mit dem 1. August 1916 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung, betreffend anderweitige Regelung der Passpflicht, vom 16. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 521) außer Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 21. Juni 1916.

(Siegel)

Wilhelm.
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

betreffend Ausführungsvorschriften zu der Passverordnung.

Vom 24. Juni 1916.

Auf Grund der mir im § 6 Abs. 1 der Passverordnung vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 599) erteilten Ermächtigung bestimme ich hierdurch folgendes:

Ausstellung der Pässe

Deutsche Pässe

1. Die bisher erlassenen Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden zur Ausstellung von deutschen Pässen bleiben in Kraft.

2. Pässe sind in der Regel mit Geltung für die Dauer eines Jahres, keinesfalls für eine längere Dauer auszustellen. Bei Ausstellung des neuen Passes ist der alte Paß einzuziehen.

3. Kinder unter 12 Jahren erhalten keinen Paß. Familienpässe werden künftig nicht mehr ausgestellt; Personen über 12 Jahre bedürfen eines selbständigen Passes. Früher ausgestellte Familienpässe bleiben nur bis zum 30. September 1916 gültig. Kinder unter 12 Jahren, die die Grenze überschreiten, bedürfen eines amtlichen Ausweises über Namen, Alter und Wohnort.

4. Für Pässe dürfen — abgesehen von Ministerialpässen — nur die vom Bundesrat beschlossenen Muster verwendet werden.

5. Deutsche Pässe dürfen nur Personen ausgestellt werden, deren Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaat oder deren unmittelbare Reichsangehörigkeit feststeht. Die Staats-

angehörigkeit oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit ist in dem Paße zu vermerken; war der Paßinhaber früher staatenlos, oder befaß er eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit, so ist auch dies unter Angabe der fremden Staatsangehörigkeit und des Zeitpunktes, zu dem er Deutscher geworden ist, zu vermerken.

6. Deutsche Pässe dürfen nicht ausgestellt werden:

a) wenn der Ausstellung gesetzliche Hindernisse entgegenstehen,

b) wenn der Verdacht besteht, daß der Paß in den Händen des Inhabers eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten würde.

7. Deutsche Pässe müssen mit einer Personalbeschreibung und mit einer Photographie des Paßinhabers aus neuester Zeit, mit dessen eigenhändiger Unterschrift unter der Photographie, sowie mit einer amtlichen Bescheinigung darüber versehen sein, daß der Paßinhaber tatsächlich die durch die Photographie dargestellte Person ist und die Unterschrift eigenhändig vollzogen hat. Die Photographie ist auf den Paß aufzukleben und amtlich dertat abzuklempeln, daß der Stempel etwa zur Hälfte auf der Photographie, zur anderen Hälfte auf dem Papier des Passes angebracht ist.

Die amtliche Bescheinigung muß von der zuständigen deutschen Paß- oder Polizeibehörde oder von dem deutschen Berufsconsul oder Gesandten ausgestellt sein.

Ausländische Pässe

8. Ausländische Pässe müssen von der zuständigen Behörde ausgestellt sein und die Staatsangehörigkeit — gegebenenfalls auch die frühere Staatsangehörigkeit — des Paßinhabers einwandfrei ergeben.

Die für deutsche Pässe nach Ziffer 3 und nach 7 Abs. 1 geltenden Vorschriften finden auf ausländische Pässe entsprechende Anwendung. Die amtliche Bescheinigung kann außer von der zuständigen ausländischen Behörde oder einer der in Ziffer 7 Abs. 2 genannten deutschen Behörden vom Berufsconsul oder Gesandten des Landes, dem der Paßinhaber angehört, ausgestellt werden. Im Ausland genügt auch die gerichtliche Bescheinigung.

Paserias

9. Soweit die Paßbehörden ermächtigt werden, in besonderen Fällen einen Personalausweis als Paserias auszustellen (§ 3 der Passverordnung), hat die Ausstellung nach anliegendem Muster zu erfolgen.

Die von den Militärbehörden bisher getroffenen oder aufrechterhaltenen Anordnungen, wonach für besondere Fälle auch andere amtliche Papiere (Paserias) als genügender Ausweis für den Grenzübergang oder den Aufenthalt im Reichsgebiete zugelassen sind, bleiben in Kraft mit der Wirkung, daß der Paserias, soweit der Aufenthalt im Reichsgebiet in Frage kommt, für das ganze Reichsgebiet Geltung hat.

Ausstellung der Sichtvermerke

10. Für die Ausstellung der Sichtvermerke zuständig (Sichtvermerksbehörden) sind:

a) wenn der Paß zur Ausreise aus dem Reichsgebiet verwendet werden soll, die von den Landeszentralbehörden bestimmten Verwaltungsbehörden, und zwar:

bei Paßinhabern, die im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, die für den Wohnsitz oder Aufenthaltsort zuständige Verwaltungsbehörde; bei Paßinhabern, die im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht haben, die für den Ort zuständige Verwaltungsbehörde, von dem auch die Ausreise angetreten werden soll;

b) wenn der Paß zur Einreise in das Reichsgebiet verwendet werden soll, der deutsche Berufsconsul oder Gesandte, und zwar:

bei Paßinhabern, die im verbündeten oder neutralen Auslande einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, der für den Wohnsitz oder Aufenthalt dort zuständige Consul oder Gesandte;

bei Paßinhabern, die im feindlichen Auslande einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben oder die ihre Reise außerhalb Europas angetreten oder auf der Reise ein feindliches oder vom Feinde besetztes Land berührt haben, der Consul oder Gesandte in dem Lande, von dem aus der Grenzübergang erfolgen soll;

bei Paßinhabern, die im Auslande einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt nicht haben, der Consul oder Gesandte in dem Lande, von dem aus die Reise angetreten werden soll.

Ist für einen Paßinhaber, der im Auslande seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat, die Erlangung des Sichtvermerkes von dem für seinen Wohnort zuständigen Consul oder Gesandten nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht möglich, so kann

der Sichtvermerk von dem Konsul oder Gesandten in dem Lande ausgestellt werden, von dem aus die Reise angetreten werden soll. Die Ausstellung ist erst zulässig, nachdem durch Rückfrage bei dem zuständigen Konsul oder Gesandten, oder wenn dies nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht möglich ist, durch geeignete Ermittlungen einwandfrei festgestellt worden ist, daß alle Voraussetzungen für die Ausstellung des Sichtvermerks erfüllt sind.

11. Die Ausstellung der Sichtvermerke darf nur erfolgen, wenn die Notwendigkeit der Reise (Ein-, Aus- oder Durchreise) ausreichend und einwandfrei dargelegt ist und der Zweck der Reise den öffentlichen Interessen nicht zuwiderläuft. Sie muß jedenfalls verlagert werden:

- a) wenn der Reise gesetzliche Hindernisse entgegenstehen,
- b) wenn die Reise eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten würde,
- c) wenn durch die Reise allgemeine wirtschaftliche Interessen geschädigt würden,
- d) wenn der Verdacht besteht, daß eine Ausreise aus dem Reichsgebiet in der Absicht vorgenommen werden soll, Vermögen der Steuerpflicht zu entziehen.

12. Wehrpflichtigen darf für die Ausreise der Sichtvermerk nur mit Zustimmung des Bezirkskommandos ausgestellt werden, in dessen Kontrolle sie stehen. Soweit für Wehrpflichtige eine solche Kontrolle nicht besteht, ist die Zustimmung des einzigen Bezirkskommandos erforderlich, in dessen Bezirk die Wehrpflichtigen ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben.

13. Ist zur Reise die besondere Erlaubnis einer Militärbehörde erforderlich, so darf der Sichtvermerk nur ausgestellt werden, wenn der Nachweis für die Erteilung der Erlaubnis durch Vorlegung des militärischen Passierscheins beigebracht wird.

14. Für jeden Grenzübertritt ist ein besonderer Sichtvermerk erforderlich.

Beim Vorliegen eines dringenden staatlichen, wirtschaftlichen oder als berechtigt anzuerkennenden anderen Bedürfnisses kann der Sichtvermerk auch zur Rückreise oder zu mehrmaligem Grenzübertritt ausgestellt werden (Rückreise-, Dauerlichtvermerk). Der Rückreise- und der Dauerlichtvermerk werden in der Regel nur zum Ueberschreiten derselben Grenzübergangsstelle und nur dann ausgestellt, wenn die völlige Zuverlässigkeit (Unverträglichkeit) des Passinhabers feststeht.

15. In dem Sichtvermerk müssen angegeben sein:

- a) wenn er zur Ausreise ausgestellt wird:
 - die deutsche Grenzübergangsstelle,
 - der Zeitraum, innerhalb dessen die Ausreise erfolgen muß,
 - das Reiseziel,
 - der Reisezweck,
 - die Dauer des Aufenthalts im Ausland;
 - b) wenn er zur Einreise ausgestellt wird:
 - die deutsche Grenzübergangsstelle,
 - der Zeitraum, innerhalb dessen die Einreise erfolgen muß,
 - das Reiseziel unter Hervorhebung der im Inland zu besuchenden Orte oder Verhältnisse,
 - der Reisezweck.
- Die Dauer des Aufenthalts im Inland, und sofern der Passinhaber keinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Inland hat, in der Regel mindestens zwei Deutsche oder zwei deutsche Firmen, die im Inland aufgesucht werden sollen;
- c) wenn der Sichtvermerk zur Durchreise ausgestellt wird:
 - die deutsche Grenzübergangsstelle,
 - die deutsche Grenzübergangsstelle,
 - der Zeitraum, innerhalb dessen die Durchreise erfolgen muß,
 - der für die Durchreise durch das Inland zu wählende Reisezug,
 - die für die Durchreise zur Verfügung stehende Zeit,
 - das Reiseziel,
 - der Reisezweck.
 - d) wenn der Sichtvermerk für Hin- und Rückreise oder zu mehrmaligem Grenzübertritt ausgestellt wird (Rückreise-, Dauerlichtvermerk):
 - die deutsche Grenzübergangsstelle oder Grenzübergangsstelle, das Reiseziel,
 - der Zeitpunkt, in dem die Gültigkeit des Sichtvermerks erlischt,
 - im Rückreislichtvermerk außerdem: der Reisezweck.

16. Der Antrag auf Ausstellung des Sichtvermerks ist bei der zuständigen Behörde anzubringen.

Mit dem Antrag hat der Passinhaber vorzulegen:

- a) einen gültigen Paß;
- b) Nachweise, die den Zweck und die Notwendigkeit der Reise in ausreichender Weise ergeben;
- c) nicht ausgezogene Photographien, die der Photographie im Paße entsprechen müssen, und zwar mindestens 3, bei einem Durchreise-, Rückreise- oder Dauerlichtvermerk mindestens 4, bei ausnahmsweiser Zustimmung von mehr als einer Grenzübergangsstelle so viel mehr Abzüge als Grenzübergangsstellen über die eine Stelle hinaus zugestimmt werden sollen.

Besondere Bestimmungen für Befragungen der zwischen deutschen Seehäfen und dem Ausland verkehrenden Kauffahrteischiffe

(Schiffsführer — Kapitäne —, Schiffsoffiziere, Schiffstele, sowie die übrigen auf dem Schiffe angestellten Personen).

17. Zur Ausstellung der Sichtvermerke für die Schiffsbefragung (Seeschifferlichtvermerk) sind zuständig:

- a) wenn der Paß zur Ausreise aus einem deutschen Hafen an Bord eines Schiffes verwendet werden soll, die Sichtvermerkbehörde des Hafenorts, von dem aus der Passinhaber die Fahrt antritt, oder falls am Hafenort eine solche ihren Sitz nicht hat, die für den Hafenort zuständige Ortspolizeibehörde;

- b) wenn der Paß zur Einreise in einen deutschen Hafen an Bord eines Schiffes verwendet werden soll, neben dem sonst zuständigen Berufsconsul oder Gesandten (Ziffer 10 b) der deutsche Berufsconsul oder Gesandte in dem Lande, von dem aus der Passinhaber die Fahrt antritt; einer Rückfrage bei dem sonst zuständigen Consul oder Gesandten gemäß Ziffer 10 b Abs. 2 bedarf es nicht.

Ist die Beschaffung des Sichtvermerks bei einem deutschen Berufsconsul oder Gesandten für den Passinhaber besonders erschwert (weite Entfernung vom Sitz des Consulats oder Gesandten, Kürze der Zeit vor der Abfahrt des Schiffes und dergleichen), so kann der Sichtvermerk bei der nach a) zuständigen Behörde des ersten deutschen Hafenorts, den das Schiff bestimmungsgemäß anlauft, nachgeholt werden.

18. Die Notwendigkeit der Reise gilt als dargelegt, wenn die dienstliche Stellung als Schiffsführer oder Schiffsoffizier oder die Annäherung auf einem zur Fahrt von oder nach deutschen Seehäfen bestimmten Schiffe nachgewiesen wird.

19. Der Seeschifferlichtvermerk wird als Rückreise- oder Dauerlichtvermerk ausgestellt, wenn sich ein Bedürfnis hierfür aus der dienstlichen Stellung des Passinhabers auf dem Schiff oder aus dem Inhalt des Seereisevertrags (Seereisevertrag) ergibt.

Die Geltungsdauer des Sichtvermerks ist dem Bedürfnis entsprechend zu bemessen. Der Sichtvermerk erlischt vor Ablauf seiner Geltungsdauer, wenn der Passinhaber ausfährt, der Befragung des im Vermerk bezeichneten Schiffes anzugehört.

20. Im Falle der Ausreise aus einem deutschen Hafen kann in einem Rückreislichtvermerk für die Rückkehr ein anderer deutscher Hafen als der Ausreisefahrt angegeben werden. In einem Dauerlichtvermerk können mehrere deutsche Häfen als Ausreise- oder Einreisefahrt angegeben werden.

21. Die örtliche Geltung der Seeschifferlichtvermerke ist auf die darin ausgeführten deutschen Hafenorte beschränkt. Zum Aufsuchen anderer Hafenorte oder zur Vornahme einer Reise in das Reichsgebiet (Binnenreise) berechtigt dieser Sichtvermerk nicht.

22. Im Seeschifferlichtvermerk müssen angegeben sein:

- Der Name des Schiffes, auf dem der Passinhaber fährt,
- seine dienstliche Stellung auf dem Schiffe,
- seine Nummer in der Musterrolle, sowie
- die deutschen Häfen die er besuchen darf.

23. Mit dem Antrag auf Ausstellung des Seeschifferlichtvermerks sind außer dem Paße des Antragstellers und den gemäß Ziffer 18, 19 erforderlichen Nachweisen so viele nicht ausgezogene Photographien des Passinhabers vorzulegen, wie Hafenorte im Sichtvermerk angegeben werden sollen, und mindestens eine weitere ebensolche Photographie.

24. Trägt der deutsche Berufsconsul oder Gesandte Bedenken, dem Passinhaber einen Rückreise- oder Dauerlichtvermerk auszustellen, so kann er für die Reise nach dem deutschen Einreisefahrt einen einfachen Seeschifferlichtvermerk ausstellen, der nur für diesen Hafen gilt. Ueber die Ausstellung des Sichtvermerks für die Rückreise oder eines Dauerlichtvermerks befindet alsdann die zuständige inländische Dienststelle.

25. Will der Passinhaber von dem Einreisefahrt aus eine Binnenreise antreten (Ziffer 21 Satz 2), so gilt die Annahme, daß er mit dem Verlassen des Hafenortes die deutsche Grenze überschreitet.

Will der Passinhaber die Binnenreise unternehmen, um im Inlande zu verbleiben, so bedarf er eines Einreisefahrtvermerks nach den allgemeinen Bestimmungen (Ziffer 10 ff.). Der Sichtvermerk wird jedoch in diesem Falle von der Sichtvermerkbehörde des Hafenortes ausgestellt; hat die Sichtvermerkbehörde ihren Sitz nicht am Hafenorte, so ist für die Reise zu dieser Behörde eine schriftliche Erlaubnis der für den Hafenort zuständigen Ortspolizeibehörde einzuholen; in der Erlaubnis ist der Reisezweck anzugeben. Mit der Ausstellung des Einreisefahrtvermerks verliert der Seeschifferlichtvermerk seine Gültigkeit.

Will der Passinhaber die Binnenreise nur für eine im voraus bestimmte Zeit unternehmen, um nach deren Ablauf die Seefahrt auf demselben Schiffe fortzusetzen, so kann, falls die Notwendigkeit der Binnenreise ausreichend begründet wird und Bedenken nicht bestehen, die für den Einreisefahrt zuständigen Ortspolizeibehörde diese Binnenreise genehmigen. Die Genehmigung ist unter Angabe des Zweckes, des Ziels und der Dauer der Binnenreise von der Polizeibehörde im Paße zu vermerken. Der Genehmigungsvermerk ersetzt den nach den allgemeinen Vorschriften sonst erforderlichen Rückreisefahrtvermerk. Reicht der Passinhaber nicht rechtzeitig nach dem Hafenorte zur Fortsetzung der

Secrete zurück oder beachtet er die ihm bei Erteilung der Genehmigung auferlegten Verpflichtungen nicht, so wird der Secrete schlichter Vermerk ungültig.

Berlin, den 24. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Dr. Helfferich.

(Muster des Personalausweises ist abgedruckt im Reichs-Gesetzblatt S. 609.)

Bekanntmachung

betreffend die Ausführung der Passverordnung.

Auf Grund der Ziffer 10a der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend Ausführungsvorschriften zu der Passverordnung vom 24. Juni ds. Js. (R.G.B. S. 601), wird Folgendes bestimmt:

Die für die Ausstellung der Sichtvermerke zuständigen Verwaltungsbehörden sind die Großherzoglichen Kreisämter, die Großherzoglichen Polizeiamter Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden, sowie die Oberbürgermeister der Städte Mainz und Worms.

Darmstadt, den 3. Juli 1916.

Großherzogliches Staatsministerium.

v. Ewald.

Verordnung

über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels. Vom 24. Juni 1916.

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) wird folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Handel mit Lebens- und Futtermitteln ist vom 1. August 1916 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist. Dies gilt auch für Personen, die bereits vor diesem Zeitpunkte Handel mit Lebens- oder Futtermitteln getrieben haben.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf:

1. den Verkauf selbstgewonnener Erzeugnisse der Landwirtschaft, des Gärtners- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, der Jagd und Fischerei;
2. Kleinhandelsbetriebe, in denen Lebens- oder Futtermittel nur unmittelbar an Verbraucher abgesetzt werden;
3. Personen, die nach anderen, während des Krieges erlassenen Vorschriften bereits eine Erlaubnis zum Handel mit Lebens- oder Futtermitteln erhalten haben, in den Grenzen der erteilten Erlaubnis;
4. Behörden und andere Stellen, denen amtlich die Beschaffung und Verteilung von Lebens- und Futtermitteln übertragen ist, auf letztere in den Grenzen der Uebertragung.

§ 2. Als Lebens- und Futtermittel im Sinne dieser Verordnung gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. Die Erlaubnis wird auf Antrag erteilt. Sie kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden. Wird sie örtlich unbegrenzt erteilt, so wirkt sie für das Reichsgebiet. Vorschriften, nach denen die Ausübung des Handels mit bestimmten Lebens- oder Futtermitteln in einzelnen Teilen des Reichs anderweitigen Beschränkungen unterliegt, bleiben unberührt.

Sie kann versagt werden, wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art oder persönliche oder sonstige Gründe der Erteilung entgegenstehen, oder wenn der Antragsteller vor dem 1. August 1914 mit Lebens- oder Futtermitteln nicht gehandelt hat.

§ 4. Die Erlaubnis kann von der Stelle, die zu ihrer Erteilung zuständig ist, zurückgenommen werden, wenn sich nachträglich Umstände ergeben, die die Vergabung der Erlaubnis rechtfertigen würden.

In den Fällen des § 1 Abs. 2 Nr. 2 und 3 kann der Handel in solchen Fällen untersagt werden.

§ 5. Wegen der Vergabung und der Zurücknahme der Erlaubnis, sowie gegen die Untersagung des Handels ist nur Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 6. Zur Erteilung und Entziehung der Erlaubnis, sowie zur Untersagung des Handels sind durch die Landeszentralbehörden besondere Stellen zu errichten, denen Vertreter des Handels angehören müssen. Den Vorsitz hat ein Beamter zu führen. Vor der Bestellung der Vertreter des Handels sollen die amtlichen Handelsvertretungen gehört werden.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, welche Behörden zur Entscheidung über die Beschwerde zuständig sind.

Ist der Vorsitzende der zunächst entscheidenden Stelle mit der Entscheidung nicht einverstanden, so kann er die Entscheidung der Beschwerdebehörde herbeiführen. Die zur Entscheidung berufenen Stellen und Behörden können die Vorlegung der Handelsbücher, sowie anderer Beweismittel über die geschäftliche Tätigkeit des Antragstellers verlangen.

Die Landeszentralbehörden bestimmen das Nähere über die Zusammenfassung der Stellen und das Verfahren.

§ 7. Dörtlich zuständig zur Entscheidung ist die Stelle, in deren Bezirk die Hauptniederlassung des Handelsbetriebs, der gegündet werden soll, liegt. Fehlt es an einer inländischen Hauptniederlassung, so bestimmt die Landeszentralbehörde des Bundesstaates, in dem der Handel betrieben wird oder betrieben werden soll, die zuständige Stelle.

§ 8. Wird die Erlaubnis versagt oder zurückgenommen, oder wird der Handel untersagt, so hat der Kommunalverband, in dessen Bezirk sich die Hauptniederlassung und in Ermangelung einer inländischen Hauptniederlassung eine Zweigniederlassung befindet, die Vorräte an Lebensmitteln zu übernehmen und auf Veräußerung und Kosten des Händlers zu verwerten. Ist Beschwerde (§ 5) eingelegt, so ist mit der Uebernahme nach Möglichkeit bis zur Entscheidung über die Beschwerde zu warten.

Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Uebernahme und Verwertung zwischen den Beteiligten ergeben, entscheidet endgültig die von den Landeszentralbehörden bestimmte Behörde.

Die Landeszentralbehörden können die dem Kommunalverband nach Abs. 1 obliegende Verpflichtung auf eine andere Stelle übertragen.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer ohne die erforderliche Erlaubnis entgegen einer nach § 4 Abs. 2 erfolgten Untersagung mit Lebens- oder Futtermitteln Handel treibt.

§ 10. Auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen finden die Vorschriften in den §§ 1 bis 9 keine Anwendung.

Der Wandergewerbeschein, die Legitimationskarte und dergleichen (Titel II und III der Reichsgewerbeordnung) sind aber zu entziehen oder zu versagen, wenn bei demjenigen, für den sie beantragt oder erteilt sind, Umstände vorliegen, welche die Vergabung der Erlaubnis nach § 3 Abs. 2 rechtfertigen würden.

§ 11. Wer den Preis für Lebens- oder Futtermittel durch unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel, steigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 12. Es ist verboten, in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind,

1. ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung oder, in Ermangelung einer solchen, des Wohnortes des Anzeigenden, sich zum Erwerb von Lebens- oder Futtermitteln zu erbieten oder zur Abgabe von Preisangeboten auf sie aufzufordern;

2. bei Ankündigungen über Erwerb oder Veräußerung von Lebens- oder Futtermitteln oder über die Vermittlung solcher Geschäfte Angaben zu machen, die geeignet sind, einen Irrtum über die geschäftlichen Verhältnisse des Anzeigenden oder die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte und über den Inhalt oder Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken.

Das Verbot im Abs. 1 Nr. 1 findet keine Anwendung auf Behörden. Die Landeszentralbehörden können die Erteilung der Genehmigung einer anderen Behörde als der Ortspolizeibehörde übertragen.

Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften sind verpflichtet, die Unterlagen für die erscheinenden Anzeigen über Lebens- und Futtermittel auf die Dauer von mindestens drei Monaten vom Tage des Erscheinens ab aufzubewahren. Eine Prüfungspflicht, ob die Anzeigen dem Verbot im Abs. 1 zuwiderlaufen, liegt den Verlegern, sowie den bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschriften tätigen Personen nicht ob.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften im § 12 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 zuwiderhandelt.

Werden in den Fällen des § 12 Abs. 1 Nr. 2 die Angaben in einem geschäftlichen Betriebe von einem Angestellten oder Beauftragten gemacht, so ist der Inhaber oder Leiter des Betriebes neben dem Angestellten oder Beauftragten strafbar, wenn die Handlung mit seinem Wissen geschah.

§ 14. Die Verordnung tritt mit dem 28. Juni 1916 in Kraft.

Berlin, den 24. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

§ 1. Auf Grund von § 6 der Verordnung des Bundesrats vom 24. Juni 1916 über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels (Reichs-Gesetzbl. S. 581) werden in den Städten von über 20 000 Einwohnern bei den Oberbürgermeistern, im übrigen bei den Kreisämtern besondere Stellen, die zur Entscheidung über die Erteilung und Entziehung der Erlaubnis, sowie über die Untersagung des Handels zuständig sind, errichtet.

Ueber Beschwerden (§ 6 Abs. 2 der Verordnung) entscheidet der Provinzialausschuss im Beschwerdeverfahren.

Als Behörde, die über Streitigkeiten, die sich aus der Uebernahme und Verwertung der zu übernehmenden Vorräte an Lebensmitteln zwischen den Beteiligten ergeben, zu entscheiden hat (§ 8 Abs. 2), wird der Provinzialausschuss bestimmt.

§ 2. Vorsitzende der besonderen Stellen sind in den Städten von über 20 000 Einwohnern die Oberbürgermeister, im übrigen die Kreisräte. Den Stellen gehören als Mitglieder zwei Vertreter des Handels an; sie werden nebst ihren Ersatzmännern in den Städten von über 20 000 Einwohnern von dem

